



Opel: Staatliche Leistung nur bei Gegenleistung

Pressemitteilung von Herbert Schui, 17. November 2008

„Die Politik muss Einfluss auf die Investitions- und Beschäftigungspolitik bei Opel bekommen“ fordert der wirtschaftspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE und erteilt Lohndumping-Strategien eine Absage. Herbert Schui weiter:

„Hilfe darf es nicht ohne Gegenleistung geben. Die Politik muss sicherstellen, dass kein Dumping-Wettbewerb bei Löhnen und Arbeitszeiten losgetreten wird. Das würde die Überproduktionskrise verschärfen. Die Metall-Tariferhöhung muss ohne Abstriche für Opel gelten, - sonst darf es keine öffentliche Unterstützung geben.

Arbeitsplatzgarantien und Investitionszusagen, auch in energieeffiziente Motoren, sind notwendig. Die rationale Antwort auf Überkapazitäten sind höhere Löhne und kürzere Wochenarbeitszeit. Die Unternehmen setzen natürlich auf Stellenabbau und Lohndrückerei, weil das mehr Profit bringt.“

